

B e s c h l u s s e m p f e h l u n g

des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/5415 -**

Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen

Berichterstatter: Abgeordneter Blechschmidt

Beratungen:

Durch Beschluss des Landtags in seiner 114. Sitzung am 22. März 2018 wurde der Antrag an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien überwiesen.

Der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 20. April 2018, in seiner 47. Sitzung am 18. Mai 2018 und in seiner 48. Sitzung am 15. Juni 2018 beraten.

Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Nummer I wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

"Dazu gehören auch alle Varianten eines israelbezogenen Antisemitismus, durch den das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird. Wir bekennen uns zu unserer aus der deutschen Geschichte erwachsenden besonderen Verantwortung gegenüber Israel, dem als Folge aus der Shoah gegründeten jüdischen und demokratischen Staat und Zufluchtsort. Das Existenzrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar."

b) In dem neuen Satz 5 wird das Wort "Er" durch das Wort "Antisemitismus" ersetzt.

2. Nummer II wird wie folgt geändert:

a) Die Nummern 6 und 7 erhalten folgende Fassung:

- "6. verurteilt Aufrufe und Kampagnen zum Boykott von israelischen Waren oder Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlern und Künstlern, die wie die 'Boycott-Divestment-Sanctions (BDS)'-Kampagne im Kern darauf abzielen oder durch ihre Protagonisten dahingehend ausgerichtet sind, die Existenz Israels in Frage zu stellen oder Israel als jüdischen Staat zu überwinden, als eine Erscheinung eines israelbezogenen Antisemitismus; Unterstützerinnen und Unterstützer von Boykott-Aufrufen, die sich selbst als nicht antisemitisch verstehen, sind aufgefordert, sich mit dem Antisemitismus der BDS-Kampagne aktiv auseinanderzusetzen und sich explizit gegen diesen zu wenden;
7. wird sicherstellen, dass Zusammenschlüsse, Gruppen und Einzelpersonen, die antisemitische Boykottkampagnen unterstützen, keine finanzielle, strukturelle oder anderweitige Unterstützung durch den Freistaat erfahren;"

b) Nummer 8 wird aufgehoben.

c) Die bisherigen Nummern 9 bis 16 werden die Nummern 8 bis 15.

Kubitzki
Vorsitzender